Berliner Montagspost

unabhängig – für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit – 1. Juni

Nr. 11/15

Diese erbärmliche Abhängigkeit von den USA

von F. Bilstein

Jetzt ist es ja endlich mal offiziell raus. Die amerikanische Regierung hat Deutschland laut Aussage von Sigmar Gabriel im Falle von Edward Snowden erpresst. Man konnte sich das Ganze ja schon denken, aber jetzt wurde es wenigstens mal kund getan.
Wie wichtig der deutschen Regierung dabei die Informationen aus dem Spionage-Krieg der Amerikaner sind, hat die Entscheidung gezeigt, das man Snowden nicht aufnimmt.
Die Amerikaner hätte Deutschland aus seinem Informationsnetz ausgeschlossen und Kenntnisse über etwaige Terroranschläge nicht weitergegeben. Was unter Nato-Verbündeten eigentlich nicht üblich ist, aber von den Amerikanern auch schon mit den Briten gespielt wurde.
Es ist für unser Grundgesetz ohnehin ein Dolchstoß, das Geheimdienste des Partners für die Ausspähung der eigenen Bevölkerung ausgenutzt werden, damit der eigene Geheimdienst nicht gegen die eigene Verfassung verstossen muss.
Das führt die jetzt wieder beginnende Vorratsdatenspeicherung-Debatte schon lange ins Aus. Wenn man begründet annehmen kann, das dieses Gesetz in jeglicher Ausführung durch einen Anruf im Ausland ausgehebelt werden kann.
Diese Aktion der Amerikaner ist die nächste auf der langen Liste, die uns alle zum Überdenken der Deutsch-Amerikanischen Beziehungen bringen sollte. Die gemeinsamen Werte beruhen nicht auf meinem Werteverständnis, aber auf Anfragen dazu bei der Bundesregierung erhalte ich keine Antworten.
Den Bericht und die Lobeshymne von Sigmar Gabriel für den Journalisten Greenwald, der die Veröffentlichungen im Fall Snowden übernahm, sollte man sich ironischerweise mal ansehen. (1)

Christoph Hörstel und die Hilfsmission

von J. Möbius ***(Fortsetzung aus Nr. 10/15)***

Schon in der letzten Ausgabe der BM berichteten wir über den Versuch, Hilfsgüter nach dem Jemen zu bringen. Diese Mission des iranischen Roten Halbmondes findet in unseren Medien kaum Beachtung. Und wenn doch, wird dreist gelogen. So wurde nach Aussage von Herrn Hörstel darüber berichtet, dass die Iraner keinerlei Inspektionen des Schiffes zulassen würden. Das stimmt natürlich nicht. Die Regierung in Teheran würde einer Inspektion durchaus zustimmen, somit stünde der Ausgabe der Hilfsmittel an die Notleidenden, nichts im Wege. Es ist aber nach Meinung der iranischen Regierung nicht zu akzeptieren, dass sich an einer solchen Inspektion Abgesandte der Konfliktparteien beteiligen. Vielmehr erhofft man sich von dort eine UN bzw. eine IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz) beaufsichtigte Durchführung. Schon zu Beginn des Schiffstransportes kam die Nachricht, dass der jemenitische Zielhafen Hodeida von saudischen Kampfjets bombardiert wurde. Die Crew der Iran Shahed, zu deutsch: Iranischer Augenzeuge und die ausländischen Journalisten schauen mit Bangen auf die Aktivitäten der Saudis. Was werden die sich noch alles einfallen lassen um das Erreichen der Hilfsgüter an die Zivilbevölkerung zu unterbinden? 2500 Tonnen medizinische Ausrüstung, Nahrungsmittel, Zelte und Decken schippern um die Küste Jemens. Die letzte Meldung ist, dass nach langem Hin und Her die Güter zur Inspektion erst einmal in Djibouti entladen wurden. Werden die Hilfsgüter, wie von den Iranern gewünscht die Zivilisten erreichen? Wir bleiben an diesem spannenden Thema dran. (3)

Die Abschaffung von Bargeld ermöglicht die totale Kontrolle der Bevölkerung

von M. Klimke

Nichts, aber auch wirklich gar nichts mehr wird den Augen der Staatsmacht entgehen, wenn wir nur noch mit EC- oder Kreditkarten bezahlen dürfen. Wer Zigaretten oder Alkohol kauft kann mit höheren Krankenkassenbeiträgen rechnen. Zu häufige Imbissbesuche oder eine ungesunde Ernährung könnten zum selben Ergebnis führen. Wer seine Zahnpasta nicht schnell genug verbraucht oder vielleicht sogar Zahnpesta ohne Fluor benutzt dem werden höhere Zuzahlungen bei der Zahnbehandlung abverlangt. Die Kette der Beispiele könnte man hier endlos fortsetzen und wahrscheinlich hat unsere konzerngesteuerte Regierung noch ganz andere Pläne in ihren Schubladen, die wir uns in unseren schlimmsten Albträumen nicht vorstellen können.
Immer mehr europäische Länder schränken den Bargeldverkehr ein. Länder wie Spanien, Frankreich, Italien und natürlich auch Griechenland haben bereits Obergrenzen für Barzahlung eingeführt. In Dänemark wird ab 2016, für kleine Geschäfte, Tankstellen und Restaurants, die Pflicht Bargeld anzunehmen, abgeschafft.
Deutschland erweist sich hier noch widerspenstig. Rund 60% der Menschen zahlen weiterhin mit Bargeld. Vielleicht kommt auch gerade deswegen Prof. Peter Bofinger, einer der Wirtschaftsweisen des Sachverständigenrats der Bundesregierung, mit der Forderung nach einem Bargeldverbot um die Ecke. Als Begründung wird natürlich öffentlichkeitswirksam der Kampf gegen Schwarzarbeit und Kriminalität benannt. Die Tatsache, dass dieser drastische Schritt massiv in die Freiheitsrechte der Menschen eingreift, wird verschwiegen.
Durch die geplanten Kapitalverkehrskontrollen ergeben sich für den Staat ungeahnte Möglichkeiten. So könnte letztendlich systemkritisches Verhalten mit der Sperrung der lebensnotwendigen Zahlungsmittel geahndet werden und das durch einen einzigen Mausklick.
Das Fenster für eine Reform dieses ungerechten Geldsystems schließt sich immer weiter. Es wird höchste Zeit, dass sich alle Menschen in Europa für ein gerechteres Gelsystem einsetzen und den Großbanken die Möglichkeiten der Geldschöpfung entziehen. Zusammen mit einer Stärkung schon vorhandener Regionalwährungen könnte dies ein Schritt in eine gerechtere Zukunft sein. Auch muss die soziale Gerechtigkeit wieder hergestellt werden, nur sollte dies bald geschehen, da die Gefahr eines Crashs immer größer wird. (2)

Ein Kommentar zu Demonstrationen und Kritik an der Bundesregierung

von R. Schurig

Nun bin ich wieder zurück von der Pfingst-Friedens-Veranstaltung in Moers und bin voll getankt mit positiver Energie und guter Laune, denn im Gegensatz zu vielen anderen Veranstaltungen zur Zeit, lief es dort nicht auf Kritik hinaus, sondern auf den tatsächlich gelebten Frieden untereinander. Diese Energie ist es, die die Menschen und damit auch am Ende die Welt verändern kann.
Kritik ist wichtig, sogar notwendig, denn es müssen auch die Probleme angezeigt werden, die vorhanden sind. Doch nur zu kritisieren ändert an den Gegebenheiten wenig. Es ist irrational, diejenigen aufzufordern die Probleme im Land zu lösen, welche sie verursacht haben, denn ihr Interesse besteht nicht in der Lösung der Probleme. Vielfach ist noch zu beobachten, dass die Verantwortung für eine neue Gesellschaft der Politik übertragen wird, durch Aufforderung, Kritik und Beschwerde. Doch genau aus diesem Paradigma des Verantwortung-Abgebens müssen wir uns lösen. Widmen wir unsere Aufmerksamkeit den Entitäten, die unser Leben nicht verbessern, stärken wir diese Kräfte nur, vor allem wenn dies in einer aggressiven Stimmung geschieht.
Mit Liebe ist es da schon was...

Fortsetzung auf Seite 2

Termine

Berliner Mahnwache
für den ersten Weltfrieden
8.6., 15.6., 22.6. & 29.6.
Potsdamer Platz

immer Montags 18 - 21 Uhr

G7-Demo
4.6. – 14 Uhr
Stachus (Karlsplatz)
München

Girl & Boykott
Deutschland, Österreich
& Schweiz
Tag ohne Medien & Konsum
6.6. – 0-24 Uhr

Bilderbergproteste 2015
Alternativkonferenz & Demo
11.6. bis 14.6.
Innsbruck & Telfs
Tirol
bilderbergprotest2015.jimdo.com/

Deutsche Aufrüstungspolitik Bedrohung für den Frieden in Europa

von NRhZ/DL

„Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen heizt die Rüstungsspirale konventioneller Waffensysteme immer weiter an", erklärt Christine Buchholz, verteidigungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur Ankündigung der Ministerin, noch in diesem Jahr die Entwicklung eines Nachfolgemodells für den Leopard II-Kampfpanzer zu starten. Buchholz weiter: „Diese Entscheidung steht in direktem Zusammenhang zur Eskalationspolitik in Osteuropa und ist gegen Russland gerichtet. Es ist absehbar, dass dies eine Gegenreaktion auslösen wird. So wird die Bundesregierung zum Vorreiter in Sachen Rüstungswettlauf. Die Rüstungsindustrie reibt sich die Hände. Sie sitzt bereits jetzt mit am Tisch, um die Planungen voranzutreiben. Die Industrie kann mit Milliardengeschäften rechnen, die der Steuerzahler wieder bezahlen muss. Diese Aufrüstungspolitik ist eine Bedrohung für den Frieden in Europa." (4)

"Terroristisches Watergate" – Freigegebener US-Geheimdienstbericht belegt Förderung des IS durch USA und Verbündete

von F. Hauschild

Auch das galt lange als „Verschwörungstheorie". Nun offiziell belegt, da der Pentagon-Geheimdienst DIA Dokumente rausgeben musste: Die USA wussten frühzeitung von der Entstehung des IS und haben diese (mindestens) toleriert um einen Gegenpol zu Assad zu schaffen:

„Der US-amerikanischen Bürgerrechtsgruppe Judical Watch ist es gelungen vom militärischen Geheimdienst DIA die Herausgabe eines Geheim-Berichtes gerichtlich zu erzwingen. Der Bericht belegt, dass die Entstehung des Islamischen Staates (IS) den US-Amerikanern frühzeitig bekannt war und von diesen sogar gewünscht wurde, um den Druck auf den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad zu erhöhen. Der Journalist Jürgen Todenhöfer bezeichnet die neuen Erkenntnisse als "terroristisches Watergate"." (5)

Der Jemen - Blutspur

von J. Möbius

Seid über 100 Jahren kommt das Land nicht zur Ruhe. Immer wieder werden dort blutige Streitigkeiten zwischen rivalisierenden Gruppen ausgetragen. Poltische, religiöse Machtkämpfe erschüttern das Land und fordern tausende Opfer. Beginnend mit der englischen Kolonialzeit wurde das Land am Golf von Aden, am Arabischen Meer, aus geostrategischer Sicht und durch seine Erdöl- und Erdgasvorkommen für westliche Staaten zunehmend immer interessanter. Immerhin exportiert der Jemen zwei Drittel seiner Flüssiggasproduktion nach den USA. Der Nachbarstaat Saudi-Arabien verstärkte gerade in jüngster Zeit seine militärische Einflussnahme mit der Hilfe der USA. Diese versuchten die prowestliche Regierung des Landes zu stützen. Den Huthi Rebellen, der Name leitet sich von dem schiitischen Oberhaupt Hussein Badreddin al-Huthi ab, gelang es, weite Teile des Landes unter Kontrolle zu bringen und das Parlament in der Hauptstadt Sanaa zu stürzen. Unterstützung bekommen die Rebellen aus dem Iran, die wiederum mit Russland kooperieren. Es lässt sich erkennen, dass dieser Konflikt ein Stellvertreterkrieg ist, in dem sich die Bevölkerung, hierbei handelt es sich vor allem um junge, arme Menschen, gegenseitig zerfleischt. Leider mischt Deutschland über seine Waffenexporte an Saudi-Arabien kräftig mit. Zwischen 2001 und 2014 wurden für 2,6 Milliarden Euro (6) Rüstungsgüter exportiert. Es ist zu befürchten dass es, so lange die Rohstoffvorkommen noch nicht ausgebeutet sind und das Millionenvolk sich gegeneinander aufhetzen lässt, in diesem Land keinen Frieden geben wird.

Suche nicht nach
dem Sinn des Lebens,
gib ihm einen.

Charly Chaplin

Fortsetzung von Seite 1

anderes, doch solange man die Verantwortung in der Politik sieht und nicht bei sich selbst,kann diese Liebe nicht transformierend wirken. Wir binden uns an die Politik in dem Moment, wo wir unsere Verantwortung abgeben, anstatt die Politik an uns zu binden, indem wir vorleben, wie sie zu handeln hat.
Und so sehe ich die Funktion von Politik und Medien darin, die Menschen vom Wichtigsten abzuhalten - dem eigenen Selbst und der Arbeit, die jeder Mensch an sich selbst zu vollbringen hat. Das kann einem die Politik nicht abnehmen und JEDER Mensch muss da selbst durch. Doch durch diese Ablenkung ist gewährleistet, dass wir Menschen nicht zu unserer eigenen Macht zurück finden und somit diese Macht immer wieder abgeben. Der Glaube daran, dass die Politik die Welt ändern wird, ist eine Ausflucht - der bequeme Weg, um sich nicht mit sich selbst und dem Krieg im eigenen Innern auseinander setzen zu müssen. Stattdessen bietet die Politik eine Möglichkeit die eigenen Wesenszüge, die man in sich ablehnt, auf ein abstraktes System zu projizieren. Darüber hinaus bietet die Politik so viel Gesprächs- und Zündstoff, da sie bewusst unterschiedliche Meinungen erzeugt, dass allein das Debattieren über sie oft zu Konflikten und Spaltung führt. Die Politik reizt. Sie reizt die Menschen dazu, sich über sie aufzuregen und damit den Fokus auf das eigene Selbst zu verlieren. Das erhält ihre Macht, denn erst der, der wirklich bewusst bei sich und im Moment lebt, erkennt seine wahre Macht.
Lassen wir uns nicht ablenken! Ignorieren wir das Bühnenstück, dass letztlich nur dazu führt, dass wir auf die abstrakte, politische Bühne und nicht auf unser eigenes Leben achten und betrachten wir uns mal realistisch! Hören wir auf, unsere Makel auf die dargebotenen Projektionsflächen zu projizieren und seien wir ehrlich mit uns! So gut sind wir alle nicht. Was würde denn passieren, wenn die Politik an dieser Stelle aufhört? Glaubt ihr ernsthaft daran, dass sich dadurch etwas ändern würde? Dieselben Wesenszüge, die wir an Politikern so oft kritisieren, tragen wir alle in uns und solange wir damit nicht vorurteilsfrei, bewusst und offen umgehen, werden sich hierarchische Strukturen von ganz allein wieder aufbauen. Politik hat nichts mit einzelnen Menschen zu tun. Sie ist der Spiegel unserer Gesellschaft. Wer also die Politik revolutionieren will, muss die Gesellschaft revolutionieren und das fängt immer bei sich selbst an.

Quellen: (1) wertesehnsucht.de/diese-erbaermliche-abhaengigkeit-von-der-usa/ – youtube.com/watch?v=tf7Shqr0Yvo&feature=youtu.be – firstlook.org/theintercept/2015/03/19/us-threatened-germany-snowden-vice-chancellor-says/
(2) mmnews.de/index.php/wirtschaft/45661-das-bargeldverbot-ist-sicher – freiewelt.net/nachricht/daenemark-naechster-schritt-zum-bargeldverbot-10059378/ – rottmeyer.de/bargeldverbot-die-seltsamen-allueren-des-professor-bo/
(3) Facebook: Christoph Hörstel (4) Diesen Artikel haben wir mit Dank von der Neuen Rheinischen Zeitung übernommen - www.nrhz.de
(5) rtdeutsch.com/20831/headline/terroristisches-watergate-freigegebener-us-geheimdienstbericht-belegt-foerderung-des-is-durch-die-usa-und-ihre-verbuendeten/
(6) aufschrei-waffenhandel.de

Die Berliner Montagspost bitte mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Impressum:
Die Berliner Montagspost ist ein Organ der Berliner Montagsmahnwache und Ihrer Teilnehmer. Ihre Artikel erhält sie von Ihrer Leserschaft und aus dem Internetz. Sie erscheint jeden zweiten Montag und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.
Download:
www.mahnwache.info/index.php/inhalt/berliner-montagspost

Verantwortlich für den Inhalt:
Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser, sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. Berliner Montagspost-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wieder.
Redaktion:
Martin Klimke, Berlin

www.mahnwachen.info www.kenfm.de www.wearechange.org www.free21.org www.rtdeutsch.com www.rt.com www.n23.tv
www.nrhz.de www.mmnews.de www.nachdenkseiten.de www.ossietzky.net www.hinter-den-schlagzeilen.de www.wakenews.net